

# Europa nach der Krise

Dass Europa sich nicht erst seit der Corona-Pandemie in einer Krise befindet, ist nicht zu bestreiten. Die Frage, ob das politische Projekt Europa stärker aus dieser Krise hervorgehen und eine neue Dynamik in der Debatte um eine europäische Staatsgründung ausgelöst werden kann, soll nachfolgend analysiert werden.

**Grenzkontrollen,** Einreisebeschränkungen und geschlossene Grenzen im Schengenraum – für viele, insbesondere junge Europäer\*innen kaum vorstellbar. Zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 wurde dies zur Realität. Die innereuropäischen Grenzen waren über mehrere Monate weitestgehend geschlossen, europäische Bürger\*innen getrennt, teilweise gab es wieder Stacheldraht inmitten von Europa.

Wenn zur Eindämmung des Corona-Virus einer der ersten Impulse die Grenzschiessungen innerhalb der Europäischen Union darstellen, jedoch ohne eindeutigen epidemiologischen Nutzen, ist dies – 25 Jahre nach Abschaffung der Grenzkontrollen im Schengenraum – ein resignierendes Signal und macht eine der grundsätzlichen Herausforderungen der europäischen Integration deut-

lich. Warum war es nicht möglich, Risikogebiete abzuriegeln, ohne die europäischen Grenzen zu schliessen? Woher auf einmal wieder der «nationale Reflex»?

Die Schäden, die die Corona-Pandemie in der Gesellschaft sowie in der Wirtschaft hinterlässt, sind enorm. Kann das politische Projekt Europa stärker aus dieser Krise hervorgehen und kann es neben den jetzigen Bruchlinien innerhalb der Union einen Aufbruch und eine neue Dynamisierung der Debatte hin zu einer Europäischen Republik oder einer europäischen Staatsgründung geben? Hin zu einer eindeutigen Definition von European Citizen, sodass diese nie mehr durch Grenzen getrennt werden können?

Dass die Europäische Union seit vielen Jahren und Jahrzehnten zwischen stärkerer Nationalstaat-

lichkeit der Mitgliedsstaaten und Vergemeinschaftung und Supranationalität schwankt, ist nicht erst seit der Corona-Pandemie deutlich. Doch selten geriet die fehlende europäische Souveränität und Handlungsfähigkeit so sehr in den Mittelpunkt der Debatte. Nicht nur die voreiligen und symbolpolitisch wirkenden Grenzschiessungen, auch ein grundsätzliches Erstarken von nationalem Zugehörigkeitsgefühl war, vor allem zu Beginn der Pandemie, zu beobachten. So wurde Solidarität mit den zunächst stärker von der Krise betroffenen Staaten herbeibeschworen, die dennoch halberzig blieb und sich nur spät oder gar nicht bewahrheitete. Denken wir an die Aufnahme von Intensivpatient\*innen aus Deutschlands Nachbarländern Ende März 2020. Einige wenige schwer an Corona Erkrankte wurden auf deutschen Intensivstationen aufgenommen,

in einer Krise sei Solidarität gefragt – aber im Rahmen des Möglichen, sagte ein Regierungssprecher noch im März 2020.

Auch die Perspektive der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten auf die Situation der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung in ihren Nachbarstaaten zeichnen ein vergleichendes, jedoch kaum solidarisches oder gemeinsames Bild. So wurde auf die jeweils anderen Staaten und ihre Strategie bei der Bekämpfung des Virus geschaut, die Staaten verharrten aber vorwiegend im nationalstaatlichen «Wir», machten so eine Renationalisierung während der Pandemie deutlich und bestärkten klassische Vorurteile. Inzidenzwerte, Auslastung der Intensivbetten und Hospitalisierungsrate, zuletzt die Quote der bereits geimpften Bevölkerung: Die Zahlen werden



verglichen, oft wird mit nationalem Hochmut kommentiert, welches EU-Land die Krisenbewältigung «besser» schafft. Staats- und Regierungschefs ziehen Schlüsse aus der strategischen Vorgehensweise der jeweils anderen, aber ein wirkliches gemeinsames solidarisches Begegnen der EU mit der Krise ist nicht zu erkennen. Der Nationalstaat ist also noch immer die natürliche (Denk-)Form, auch wenn wir seit 70 Jahren ein politisches Projekt Europa betreiben.

Die gemeinsame Erfahrung einer Krise kann jedoch eine Chance sein, eine kollektive Erfahrung als gemeinsame Erinnerung im Bewusstsein zu festigen und

“ Es muss  
im Post-  
Corona-  
Europa viel  
mehr um die  
politischen  
Subjekte  
Europas  
gehen. ”

dadurch eine neue Dynamik in die Reform und Neustrukturierung bestimmter Politikfelder zu bringen. Die Corona-Krise und ihre Auswirkungen können also dazu führen, die Frage, was wir wie in Europa zusammen tun wollen und sollten, neu zu stellen. Kann also die gemeinsame Pandemieerfahrung in Europa eine neue Debatte um einen europäischen Staat bzw. eine Europäische Republik hervorbringen?

In den vergangenen 70 Jahren war es die Stärke der EU, die sich über die Jahrzehnte von der EGKS zur EWG und von da zur Europäischen Union entwickelte, aus jeder Krise zu lernen. Jedes Mal, wenn in einer Krise erfahrbar wurde, wo es in Europa an Solidarität fehlte, wurden im Nachgang zu dieser Krise Politikfelder vergemeinschaftet. Die stete Vergemeinschaftung von Politikfeldern und öffentlichen Gütern ist die Essenz Europas und diese Debatte und die Frage nach dem europäischen Staat sind bei Weitem nicht neu. Die stete Vergemeinschaftung als Ziel einer ever closer union war die Ursprungsabsicht der Europäischen Union, nachdem 1950 aus der kollektiven Traumatisierung zweier Weltkriege der «utopische Entwurf» eines geeinten Europas entstand. Mit Blick auf die derzeitige Krise und ihre Auswirkungen wäre es daher an der Zeit zu fragen, was heute vergemeinschaftet werden müsste, um den Fortbestand der EU und ihrer Einheit zu bewahren. Die soziale Säule der EU bietet sich dafür an, denn die pandemische Gesundheitskrise

wird zunehmend zu einer sozialen Krise in Europa. Dabei dürfen europäische Bürger\*innen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden.

Denn durch die Erfahrungen, die gemacht wurden, wird deutlich: Die Krise trifft die Bürger\*innen Europas sehr unterschiedlich schwer. Ein erster Schritt in Richtung der Rechtsgleichheit der Bürger\*innen Europas, egal ob sie in Polen, Finnland, Tschechien oder Spanien leben, wäre eine konsequente europäische Staatsbürgerschaft. Es muss im Post-Corona-Europa viel mehr um die politischen Subjekte Europas gehen, also um die Bürger\*innen und ihren Anspruch auf den politischen Gleichheitsgrundsatz jenseits von Nationalität. Europa muss dafür als politische Einheit und soziale Gemeinschaft verstanden werden. Ohne eine gemeinsame Staatsbürgerschaft verharren wir in Europa in nationalen Narrativen ohne gleiche Rechte und damit ohne institutionalisierte Solidarität. Die Krise ist genau der Moment, in dem die europäischen Bürger\*innen erleben, dass sie in sozioökonomischen Abhängigkeiten stehen und den Wunsch nach gemeinsamer politischer Repräsentanz formulieren.

Eine europäische Staatsbürgerschaft hebt Identitäten nicht aus. Entgegen der Annahme, dass eine europäische Staatsbürgerschaft eine Zentralisierung bedeute und die kulturelle, regionale, religiöse oder nationale Identität der Bürger\*innen unterminieren oder

negieren würde, geht es vielmehr um die Rechtsgleichheit in der entscheidenden Triade bürgerlicher Rechte: Wahlen, Steuern und Zugang zu sozialen Rechten. In Vielfalt geeint, bedeutet normativ geeint, aber identitär vielfältig, wie es in allen modernen föderalen Staaten üblich ist.

Die normative Gleichheit würde die Differenz und die Entfremdung zwischen dem Europäischen Parlament und den europäischen Bürger\*innen verringern. Diese Differenz nährt das Narrativ des Legitimitäts- und Demokratiedefizits der EU, denn sie macht deutlich, dass die europäischen Bürger\*innen nicht der Souverän sind. Die entscheidende Frage der Souveränität in Europa muss geklärt und klar beantwortet werden: Die Bürger\*innen der Mitgliedsstaaten sind zugleich Staats- und Unionsbürger\*innen. Sie sind die einzigen Legitimationssubjekte für das politische System der EU. Dennoch können die Bürger\*innen ihre Souveränität theoretisch nur einmal vergeben, entweder an ihren Nationalstaat oder an Europa. Diese Parallelität muss perspektivisch zugunsten eines



das Geld (der Euro) längst gleich sind vor dem Recht, die europäischen Bürger\*innen aber nicht, vor allem nicht in ihren bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten. Eine europäische Demokratie kann so nicht funktionieren!

Einer Generation, die mit Erasmus, Reisefreiheit und ohne Grenzkontrollen aufgewachsen ist (oder Letztere diese nie kennengelernt hat), darf Renationalisierung nicht als Zukunftsperspektive haben. Der heutige Europadiskurs ist geprägt von einer jungen Generation, die sich zunehmend als europäische Zivilgesellschaft versteht und die zu einer politischen Selbstermächtigung auf europäischer Ebene führt. Europäische Bürger\*innen organisieren sich transnational, sie fordern Mitsprache ein, sei es durch Klima-Proteste, LGBT-Aktionen oder Demonstrationen gegen Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise durch FRONTEX. Selbst der Diskurs um die Urheberrechtsreform 2019 mobilisierte vor allem junge Europäer\*innen. Der Wunsch nach Beteiligung ist da, die entsprechenden Formate wurden längst geschaffen, wie etwa das europäische Aktionsbündnis #CTOE (Citizens Take Over Europe), das allein in seiner Namensgebung den Ermächtigungsanspruch als politischer Akteur transportiert.

Der heutige Diskurs wird also nicht mehr von Integrationsfragen

bestimmt, sondern von Demokratisierungsprozessen innerhalb Europas. Der Fokus liegt nun in der Ausgestaltung einer «europäischen Demokratie», bei der die Bürger\*innen die Akteure sind, anstelle der staatlichen Ausgestaltung von «europäischer Integration».

Die Debatte ist nicht neu, wurde durch Corona aber in grössere Öffentlichkeiten befördert. 2019 schon hat der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments ein Paper veröffentlicht, indem diskutiert wurde, inwieweit die europäischen Verträge so ausgelegt werden können, dass sie bürgernah gestaltet werden können. Seitens der Bürger\*innen gab es unter anderem Initiativen zu einem gemeinsamen europäischen Wahlrecht, einem europäischen Vereinsrecht oder einer europäischen Besteuerung. Die europäischen Bürger\*innen machen derzeit deutlich, dass sie mehr sind als Endkonsument\*innen für europäische Roaminggebühren und dass sie als eigenmächtige politische Subjekte wahrgenommen werden wollen. Sie fordern jetzt das «Sacre du Citoyen», das «Heiligtum des bürgerlichen Daseins» und wollen nicht nur «Marktbürger» einer europäischen Wirtschaftseinheit sein, die zwar Freizügigkeit, nicht aber gleiche politische, bürgerliche und soziale Rechte bietet.

Deswegen hat die Pandemie vor allem gezeigt, wie notwendig und unausweichlich eine sozial(er)e Union ist. Tatsächlich lässt sich eine leichte Tendenz in diese Richtung erkennen. So veröffentlichten die deutsche Ratspräsidentschaft, die sozialdemokratische Fraktion (S&D-Fraktion) im Europäischen Parlament sowie die europäischen Industrieverbände jeweils Papiere, die die Verwendung des European Rescue Funds – die eigentliche strukturelle Errungenschaft der Pandemie-Krise – sowie politische Post-Corona-Ziele beinhalteten. Gefordert werden unter anderem ein europäisches Gesundheitssystem, ein Pandemie-Vorsorge-Zentrum sowie eine europäische Arbeitslosenrückversicherung. Ebenfalls ist die Stärkung der sozialen Säule der EU vorgesehen. Um Europa solidarisch und geeint gestalten zu können, müssen eben auch die Sozialsysteme angepasst werden. Eine Umfrage

europäischen Staates aufgehoben werden. Neben der Anerkennung der Bürger\*innen als politische Subjekte würde die Gründung eines europäischen Staats nämlich genau das bieten: gleiche soziale Sicherungssysteme – wie etwa Renten- und Arbeitslosenversicherung – oder ein vereinheitlichtes Steuersystem, damit die europäischen Bürger\*innen eben nicht mehr zueinander in Konkurrenz gestellt werden. Es gibt de facto bereits eine breite Zustimmung in der Bevölkerung zu den Implikationen, die ein solcher Transformationsprozess bedeuten könnte: 90 Prozent der Bürger\*innen sind dafür, dass die EU eine Gesundheitsversorgung aller EU-Bürger\*innen sicherstellen soll. 90 Prozent stimmen zu, dass die EU alte Menschen europaweit absichern sollte, und 77 Prozent sind für eine europäische Arbeitslosenversicherung.

Doch trotz dieser eindeutigen Umfragewerte und dem darin enthaltenen Wunsch einer sozialen Ausgestaltung der EU bleiben die europäischen Bürger\*innen bis dato weitgehend unbeteiligte Protagonist\*innen des europäischen Zeitgeschehens, zumindest bis jetzt. Seit der Gründung der EU liegt der Hauptfokus der europäischen Integration auf wirtschaftlichen Aspekten, einem effizienten Binnenmarkt inklusive Arbeitnehmerfreizügigkeit und einem stabilen Euro. Eine prosperierende europäische Wirtschaft ist nicht verwerflich, ganz im Gegenteil, sogar notwendig. Die derzeitigen Strukturen führen jedoch, unterkomplex formuliert, dazu, dass die europäische Gurke (im Binnenmarkt) und



wurde festgestellt, dass Europa eben noch nicht autonom ist. Kopfschüttelnd wurde konstatiert, dass an nationalen Grenzen zum Beispiel medizinische Produkte, die während der Pandemie so notwendig waren, konfisziert werden konnten. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich das bürgerliche Emanzipationsbegehren und die Frage nach einer europäischen Souveränität verstärkt haben.

der Universität Oxford 2020 hatte ergeben, dass 71 Prozent der Europäer\*innen, unabhängig von der nationalen Herkunft, sich ein gemeinsames europäisches Grundeinkommen wünschen. Gerhards konnte ebenfalls 2020 anhand einer Studie feststellen, dass Corona die europaweite Bereitschaft zu einer gemeinsamen Bewältigung ökonomischer Nachwirkungen erhöht hat.

Die Pandemie liefert also viele Gründe für die konsequente Weiterentwicklung einer europäischen Staatsbürgerschaft und damit auch für einen europäischen Staat, über den schon im Zuge des europäischen Verfassungsprozesses von 2003 gebührend diskutiert wurde. Themen, wie zum Beispiel das Fehlen einer europäischen Souveränität, fanden «dank» der Pandemie die Aufmerksamkeit bei den europäischen Bürger\*innen. Erstaunt

Doch wie kann der Weg aussehen zu einem souveränen Europa? Wie eingangs dargestellt, bildet die europäische Staatsbürgerschaft den Dreh- und Angelpunkt eines demokratischen und souveränen Europas. Aber auch die Einführung einer einheitlichen Asyl- und Migrationspolitik, die Schaffung bzw. der Ausbau eines europäischen Aussenamts oder der Ausbau des European Rescue Funds hin zu einer veritablen europäischen Finanzverfassung würden die Autonomie, Souveränität und strategische Unabhängigkeit Europas fördern und nachhaltig sichern. Dazu braucht es jetzt vor allem die Bürger\*innen Europas, um diesen Paradigmenwechsel voranzutreiben. Ohne bürgerliche Legitimation kann Europa letztlich nicht souverän sein.

Die Ausnahmesituation der Pandemie könnte daher als Chance wahrgenommen werden, die es

über eine soziale Rekonstruktion und deren Institutionalisierung ermöglicht, dass sich die europäischen Bürger\*innen als politische und soziale Wir-Gruppe empfinden. Sie sind die eigentlichen Akteur\*innen einer neu gestalteten europäischen Demokratie im 21. Jahrhundert, die sich zunehmend als Einheit empfinden, die die nationalen Grenzen durchbrechen und gemeinsam politisch vertreten sein wollen. Es scheint, als ob die Bürger\*innen schon verinnerlicht hätten, was nationale Regierungen teilweise noch nicht wahrhaben wollen: Die Nationalstaaten sind in Europa heute nicht länger handlungsfähig.

Ein europäischer Staat mag heute vielleicht noch unvorstellbar scheinen. Aber: War der Euro das nicht auch? Und galten auch Grenzschiessungen nicht als unmöglich? Wenn uns die Pandemie und dieser tiefe Einschnitt in unser Grundrecht als Europäer\*innen eines gelehrt hat, dann hoffentlich, dass Europa alles umsetzen kann, wenn es denn nur will, wenn es nur souverän sein will. Zeit also, den neuen europäischen Zeitgeist zu entfalten und neue europäische Wege zu nehmen. Denn eine Gesellschaft, die alte Normen und Verhaltensweisen perpetuiert und Besitzstandswahrung über Entwicklung stellt, wird die Zukunft wohl kaum meistern. ★

“ Die Pandemie liefert also viele Gründe für die konsequente Weiterentwicklung einer europäischen Staatsbürgerschaft. ”



**Ulrike Guérot**

Professorin für Europapolitik am Centre Ernst Robert Curtius der Universität Bonn und Gründerin des European Democracy Labs in Berlin.



**Johanna Münzel**

Studentin der Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Bonn. Sie arbeitet am Lehrstuhl für Europapolitik des CERC.



**Anita Vogemann**

Studentin der Politikwissenschaften im Master an der Uni Bonn. Sie ist Praktikantin des CERC.

